



Presseinformation

Berlin, den 27. Januar 2025

Bürokratieabbau für Unternehmen am dringlichsten

- **ifo-Umfrage zu Erwartung der Unternehmen an die neue Bundesregierung**
- **Überregulierung, hohe Energiekosten und Steuerbelastung sind vorrangig**
- **Nachhaltigkeit und Fachkräftemangel verlieren an Bedeutung**
- **Subventionierter Industriestrompreis findet wenig Zustimmung**

Die deutschen Unternehmen haben klare Erwartungen, welche Aufgaben die nächste Bundesregierung zuerst anpacken soll. Auf Platz eins steht das Zurückdrängen der Bürokratie. Das sagen fast 40 Prozent der Unternehmen. 30 Prozent aller Unternehmen – und damit Priorität Nummer zwei – fordern Maßnahmen zur Verringerung der hohen Energiepreise. Auf Platz drei (14 Prozent) rangieren Steuersenkungen. Dies geht aus einer repräsentativen Umfrage des ifo-Instituts im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen hervor, an der sich knapp 900 Unternehmen beteiligt haben.

Die Befragung gibt auch Aufschluss darüber, welche Aufgaben aus Sicht der Unternehmen in den Hintergrund rücken. Nur vier Prozent der Unternehmen nennen das Thema Nachhaltigkeit als dringend. Für nur fünf Prozent zählt der Fachkräftemangel zur TOP-Priorität. Die Fachkräftesicherung bleibt zwar wichtig, sie tritt in der aktuellen Situation jedoch hinter andere Anforderungen zurück. Eine Ausnahme bildet die Bauindustrie. Für sie ist das Thema Fachkräfte eines der drei Top-Themen.

Ein Grund, weshalb die Bürokratie als vordringlich gesehen wird, ist der Umstand, dass die Überregulierung inzwischen alle Bereiche erfasst. Auffallend ist, dass besonders kleine Unternehmen in der Größe zwischen 10 und 50 Mitarbeitern besonders stark unter der Bürokratie ächzen. Zwei Drittel der Unternehmen in dieser Größenordnung nennen Bürokratie als Hauptproblem. Bei größeren Unternehmen sagt immerhin noch jedes zweite, dies sei die größte Herausforderung.

„Das Stimmungsbild ist eindeutig: Die nächste Bundesregierung muss einen noch nie dagewesenen Reformstau auflösen. Die Bürokratielast, die hohen Energiekosten und die im internationalen Vergleich zu hohen Steuern sind die größten Hürden“, sagt Prof. Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Politik. „Hierzu benötigen wir von der nächsten Regierung schnelle Entscheidungen. Wir können nicht länger warten, denn ohne Gegensteuern wird sich die Konjunktur- und Strukturkrise weiter verschärfen.“

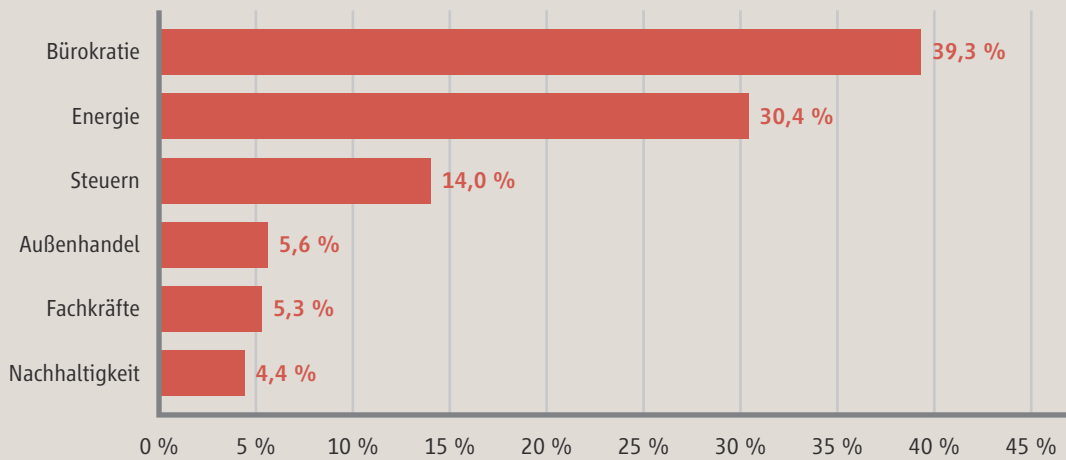
Auf die Frage, was sich im Einzelnen ändern soll, sagen die meisten Unternehmen beim Thema Bürokratie, dass Gesetze bürokratiearm ausgestaltet und Planungs- und Genehmigungszeiten beschleunigt werden sollen. In der Energiepolitik ist für die Unternehmen vorrangig, die Netzentgelte für Strom zu senken und den Ausbau der Strom-Übertragungsleitungen zu beschleunigen. Wichtig ist zudem für die Unternehmen auch, eine zuverlässige Versorgung durch diversifizierte Energieerzeugung sicherzustellen. Erst an vierter Stelle wird die Reaktivierung von Atomkraftwerken genannt. An die Einführung



eines subventionierten Industriestrompreises, der politisch stark diskutiert wird, glauben nur vergleichsweise wenig Unternehmen. Diese Forderung steht auf dem letzten Platz.

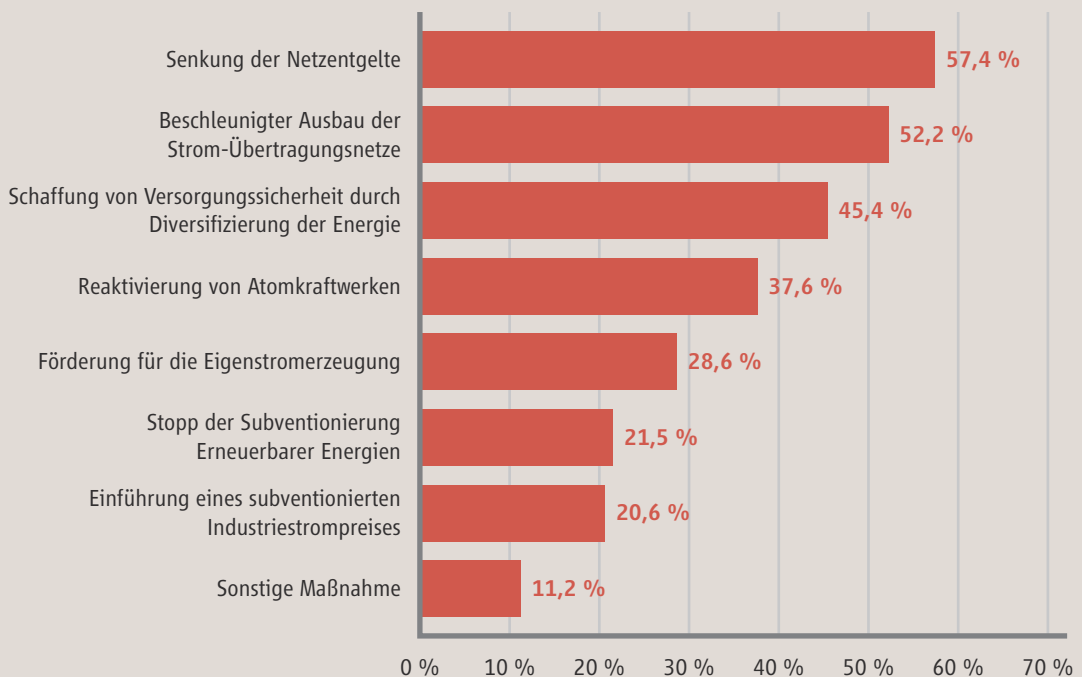
In der Steuerpolitik favorisieren die Unternehmen die Abschaffung des Solidaritätszuschlags, niedrigere Lohn- und Einkommensteuern und die Senkung der Energie- und der Körperschaftsteuer. Als nachrangig stufen die Unternehmen Investitionsprämien und die Verbesserung von Abschreibungsbedingungen ein.

Welchem Themenfeld sollte sich die neue Bundesregierung zuerst annehmen?



Quelle: Stiftung Familienunternehmen; Berechnungen des ifo Instituts, 2025.

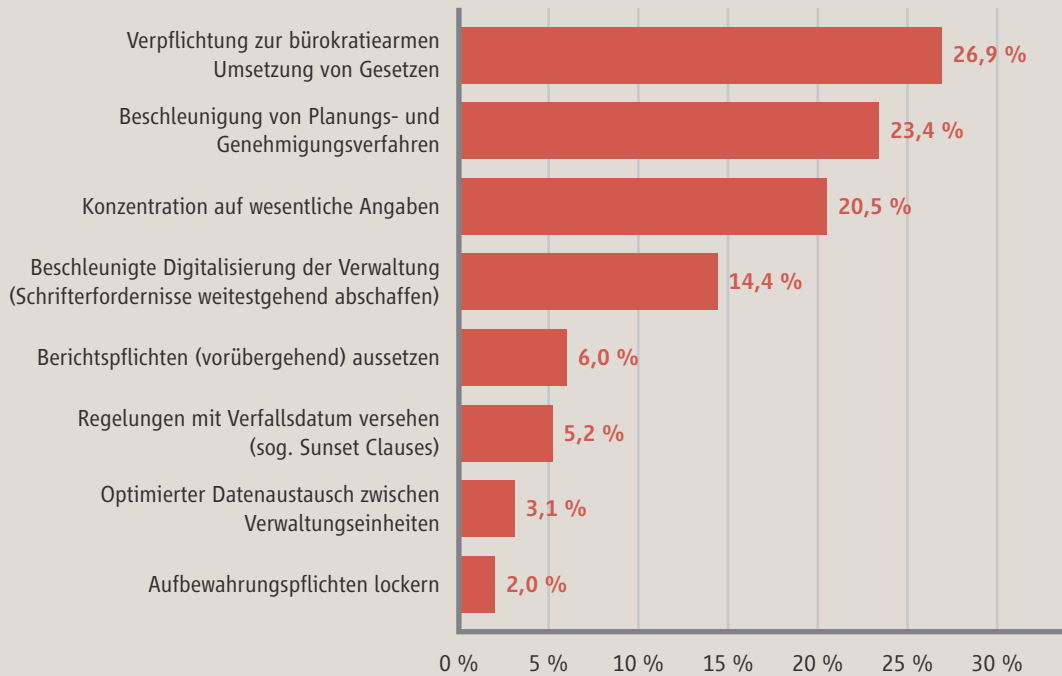
Priorität energiepolitischer Maßnahmen aus Sicht der Unternehmen



Quelle: Stiftung Familienunternehmen; Berechnungen des ifo Instituts, 2025.



Priorität der Maßnahmen gegen Bürokratie



Quelle: Stiftung Familienunternehmen; Berechnungen des ifo Instituts, 2025.

» Download der Abbildungen

Weitere Informationen:

Roland Pichler

Leiter Haus des Familienunternehmens

Stiftung Familienunternehmen und Politik
Pariser Platz 6A
10117 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 22 60 529 15

Fax: +49 (0) 30 / 22 60 529 29

Mobil: +49 (0) 151 / 644 116 37

pichler@familienunternehmen-politik.de

www.familienunternehmen-politik.de